

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Justiz- und Polizeidepartement  
Frau Karin Keller-Sutter  
Bundesrätin  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Frauenfeld, 13. August 2019

**Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018  
des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Verfahrensnormen und Informations-  
systeme)**

**Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Anpassungen verschiedener Verordnungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Erlassen grundsätzlich einverstanden sind. Bezüglich drei Verordnungen bitten wir Sie indessen, die nachfolgenden Bemerkungen für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten zu berücksichtigen.

**I. Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE;  
SR 142.201)**

Gemäss Art. 22a Abs. 1 des Entwurfs zur VZAE soll die Entschädigungspflicht des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin für Auslagen bei langfristigen Entsendungen von Arbeitnehmenden nach einer bestimmten Dauer enden. Inhaltlich sind wir mit der vorgeschlagenen Anpassung einverstanden, vertreten allerdings die Auffassung, dass der Text unglücklich formuliert ist. Im Titel zu dieser Bestimmung mit der Formulierung "Dauer der Entschädigungspflicht bei langfristigen Entsendungen" ist die Rede von der Dauer der Entschädigungspflicht. Gemäss Art. 22a Abs. 1 des Entwurfs geht es aber einzig um den Auslagenersatz. Da mit der Entschädigung auch der vereinbarte Lohn gemeint sein kann, wirkt der Titel verwirrend. Dies gilt umso mehr, als in Art. 22a Abs. 2 des Entwurfs ausgeführt wird, Abs. 1 gelte nicht, wenn für den entsandten Arbeitnehmenden aufgrund eines allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrags oder ei-

2/2

nes Normalarbeitsvertrags ein Mindestlohn garantiert sei. Der Bezug von Mindestlohn und Auslagenersatz erhellt sich erst nach Lektüre der dazu gehörigen Erläuterungen. Wir beantragen daher, dass der Artikel textlich überarbeitet wird. Mindestens sollte die Überschrift wie folgt geändert werden: "Dauer des Auslagenersatzes bei langfristigen Entsendungen".

**II. Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV; SR 823.201)**

Für Art. 1a des Entwurfs zur EntsV ergibt sich die gleiche Problematik wie bei Art. 22a VZAE, weshalb auf die Ausführungen unter Ziff. I verwiesen wird.

**III. Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL; SR 142.281)**

Da der Kanton Thurgau Standort eines Bundesasylzentrums ohne Verfahrensfunktion (BAZoV) ist, vollzieht unser Migrationsamt eine grosse Anzahl von Wegweisungen. Das Migrationsamt des Kantons Thurgau arbeitet hierfür bereits jetzt eng mit dem Direktionsbereich Rückkehr des Staatssekretariates für Migration zusammen und wird sich deshalb auch intensiv mit dem EDV-System "eRetour" zu befassen haben. Die in den Vernehmlassungsunterlagen aufgeführten Zugriffsrechte für "eRetour" für Migrationsämter (A)nzeigen bzw. (B)earbeiten, sind nachvollziehbar. Bei Punkt V. des Anhangs 1 "Rechtsberatung und Rückkehrhilfe" wäre allerdings ein Zugriff der Kategorie A sinnvoller. Damit wären Ereignisse bezüglich freiwilliger Rückkehr für das Migrationsamt direkt sichtbar, was die Zusammenarbeit mit der Rückkehrberatung vereinfachen und Schwierigkeiten bei der Organisation einer zwangsweisen Rückführung vermeiden würde.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber